



Entscheid

Nr. 275 298 vom 15. Juli 2022
in der Sache RAS X / IX

In Sachen: X

Bestimmter Wohnsitz: in der Kanzlei des Rechtsanwalts C. ROBINET
Kapellstraße 26
4720 Kelmis

gegen:

den belgischen Staat, vertreten durch den Staatssekretär für Asyl und Migration und
Verwaltungsvereinfachung, derzeit die Staatssekretärin für Asyl und Migration.

DER PRÄSIDENT DES RATES FÜR AUSLÄNDERSTREITSACHEN:

Gesehen den Antrag, den X, der erklärt, kosovarischer Nationalität zu sein, am 22. Dezember 2017 eingereicht hat, um die Aussetzung der Ausführung und die Nichtigerklärung des Beschlusses des Beauftragten des Staatssekretär für Asyl und Migration und Verwaltungsvereinfachung vom 8. Dezember 2017 zur Verhängung eines Einreiseverbots (Anlage 13sexies).

Unter Berücksichtigung des Titels Ibis, Kapitel 2, Abschnitt IV, Unterabschnitt 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern;

Gesehen den Schriftsatz mit Anmerkungen und die Verwaltungsakte;

Unter Berücksichtigung des Beschlusses vom 25. Mai 2022, in dem die Sitzung für den 20. Juni 2022 anberaumt wird;

Gehört den Bericht des Präsidenten, G. DE BOECK.

Gehört die Anmerkungen der Rechtsanwältin G. WEISBERGER, die loco Rechtsanwalt C. ROBINET für die antragstellende Partei erscheint, und der Rechtsanwältin S. VAN ROMPAEY, die loco Rechtsanwälte D. MATRAY und N. SCHYNTS für die beklagte Partei erscheint.

FASST NACH BERATUNG DEN FOLGENDEN ENTSCHEID:

1. Dienliche Daten zur Beurteilung der Sache

1.1. Der Antragsteller stellte am 23. Juli 2007 einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis im Königreich gemäß Artikel 9ter des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern (im Folgenden: Ausländergesetz).

1.2. Am 12. Juli 2011 erließ der Beauftragte des Staatssekretärs für Migration und Asylpolitik eine Entscheidung, mit welcher der Antrag des Antragstellers auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung aus medizinischen Gründen für unbegründet erklärt wurde.

1.3. Am 19. September 2011 stellte der Antragsteller einen zweiten Antrag auf Aufenthaltserlaubnis im Königreich gemäß Artikel 9ter des Ausländergesetzes.

1.4. Am 26. September 2012 erließ der Beauftragte des Staatssekretärs für Migration und Asylpolitik eine Entscheidung, mit welcher der zweite Antrag des Antragstellers auf Aufenthaltserlaubnis aus medizinischen Gründen für unbegründet erklärt wurde.

1.5. Am 04. März 2013 stellte der Antragsteller einen zweiten Antrag auf Aufenthaltserlaubnis im Königreich gemäß Artikel 9bis des Ausländergesetzes.

1.6. Am 14. Juli 2015 stellte der Antragsteller einen dritten Antrag Aufenthaltserlaubnis im Königreich gemäß Artikel 9ter des Ausländergesetzes.

1.7. Am 31. Juli 2015 erließ der Beauftragte des Staatssekretärs für Migration und Asylpolitik eine Entscheidung, mit welcher der dritte Antrag des Antragstellers auf Aufenthaltserlaubnis aus medizinischen Gründen für unzulässig erklärt wurde.

1.8. Am 18. August 2015 stellte der Antragsteller einen vierten Antrag auf Aufenthaltserlaubnis im Königreich gemäß Artikel 9ter des Ausländergesetzes.

1.9. Am 27. August 2015 erließ der Beauftragte des Staatssekretärs für Migration und Asylpolitik eine Entscheidung, mit welcher der vierte Antrag des Antragstellers auf Aufenthaltserlaubnis aus medizinischen Gründen für unzulässig erklärt wurde.

1.10. Am 18. Februar 2016 erließ der Beauftragte des Staatssekretärs für Asyl und Migration und Verwaltungsvereinfachung die Entscheidung, mit welcher der Antrag des Antragstellers auf Aufenthaltserlaubnis im Königreich gemäß Artikel 9bis des Ausländergesetzes für unzulässig erklärt wurde, sowie die Entscheidung, eine Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen zu erlassen.

1.11. Der Antragsteller wurde am 7. Dezember 2017 bei einer Verkehrskontrolle im belgischen Hoheitsgebiet angetroffen, und der Beauftragte des Staatssekretärs für Asyl und Migration und Verwaltungsvereinfachung traf am 8. Dezember 2017 die Entscheidung zur Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen und die Entscheidung ein Einreiseverbot zu verhängen.

Die Entscheidung, ein Einreiseverbot zu verhängen, die dem Antragsteller am 8. Dezember 2017 zugestellt wurde, wird wie folgt begründet:

"Herr, der erklärt, wie folgt zu heißen:

Name: [M.]

Vorname: [V.].

Staatsangehörigkeit: Servië,

wird ein Einreiseverbot für eine Dauer von 2 Jahren auferlegt,

wird angewiesen, das Staatsgebiet Belgiens und das Staatsgebiet der Staaten, die den Schengen-Besitzstand vollständig anwenden, außer wenn er die erforderlichen Dokumente besitzt, um in diese Staaten einzureisen.

Mit diesem Einreiseverbot geht der Entfernungsbeschluss vom 08/12/2017 einher.

BEGRÜNDUNG DES BESCHLUSSES:

Das Einreiseverbot wird in Anwendung des folgenden Artikels des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern und auf der Grundlage folgender Sachverhalte ausgestellt:

Artikel 74/11 § 1 Absatz 2: Entfernungsbeschlüsse gehen mit einem Einreiseverbot einher, falls:

- ☐ *1° keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde und/oder*
- ☐ *2° ein früherer Entfernungsbeschluss nicht ausgeführt worden ist.*

Der Betreffende hat der Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen, die ihm am 27.07.2011, 06.10.2012, 25.02.2016 und am 25.08.2016 notifiziert worden ist, nicht Folge geleistet.

Gründe, aus denen Ihm ein Einreiseverbot auferlegt wird.

Aus dem folgenden Grund/Gründen geht die Anweisung mit einem Einreiseverbot von zwei Jahren einher:

Der Beschwerdeführer hat gemäß Artikel 9ter des Gesetzes vom 15.12.1980 mehrere Anträge auf Aufenthalt gestellt. Diese Anfragen wurden abgelehnt. Diese Entscheidungen wurden der betroffenen Person mitgeteilt. Auf der Grundlage der Stellungnahme des EO-Arzt es können wir feststellen, dass eine Rückkehr in den Kosovo keine Verletzung von Artikel 3 EMRK darstellt. Darüber hinaus berechtigt Sie die Einführung eines Aufenthaltsantrags gemäß Artikel 9ter des Gesetzes vom 15.12.1980 nicht automatisch zu einem Aufenthalt.

Der Betreffende wohnt mit seinem Schwester ([B.V.]; Belgisch). Der Schwester kann auch nach Kosovo reisen, um seine Familie zu besuchen. Dieser Beschluss bedeutet also auch keinen Verstoß gegen Artikel 8 der EKMR.

Der Betreffende hat nicht gezögert, sich illegal auf belgischem Staatsgebiet aufzuhalten. In der Erwägung all dieser Sachverhalte und des Belangs einer Einwanderungskontrolle ist ein Einreiseverbot von zwei Jahren verhältnismäßig."

Dies ist die angefochtene Entscheidung.

1.12. Der Rechtsbehelf des Antragstellers gegen die Entscheidung des Staatssekretärs für Asyl und Migration und Verwaltungsvereinfachung vom 8. Dezember 2017, eine Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen, wurde vom Rat in seinem Entscheid Nr. 270 909 vom 5. April 2022 zurückgewiesen.

2. Bezüglich des Verfahrens

Der Rat merkt an, dass mit Entscheid Nr. 270 909 vom 5. April 2022 der Einspruch Nr. 213 725 des Antragstellers gegen die Entscheidung vom 8. Dezember 2022 zur Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen zurückgewiesen wurde. Dem Antrag des Antragstellers, den vorliegenden Einspruch mit dem bereits behandelten Einspruch zusammenzufügen, kann daher nicht stattgegeben werden.

3. Untersuchung der Klage

3.1.1. In einem ersten Klagegrund führt der Antragsteller den Verstoß angegen Artikel 41 § 1 des koordinierten Gesetzes vom 18. Juli 1966 über der koordinierten Gesetze über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten (nachfolgend: Verwaltungssprachengesetzes) in Verbindung mit Artikel 6 des ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 zur Übertragung bestimmter Befugnisse des für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und die Abschiebung von Ausländern zuständigen Ministers und zur Aufhebung des ministeriellen Erlasses vom 17. Mai 1995 zur Übertragung der Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und die Abschiebung von Ausländern (nachfolgend: des ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009) sowie die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Seine Argumentation lautet wie folgt:

"a) Emploi de langues

L'article 41 § 1er des lois coordonnées du 18 juillet 1966 dispose que « les services centraux utilisent dans leurs rapports avec les particuliers celle des trois langues, dont ces particuliers ont fait usage. »

La dernière demande de Monsieur [M.] sur base de l'article 9ter de la loi du 15 décembre a été introduite en langue allemande (et non en langue française tel qu'il a été erronément indiqué dans le recours CCE 213 725).

En tant que service central, l'Office des étrangers (C.E., n° 43.478 du 25 juin 1983), devait donc rédiger l'interdiction d'entrée entièrement en langue allemande.

La législation sur l'emploi des langues est d'ordre public (C.E., n° 91.194 du 30 novembre 2000).

Toute violation de cette législation est sanctionnée de nullité de l'acte concerné.

L'autorité qui a pris la décision ne s'identifie pas en langue allemande mais en néerlandais « van de Staatssecretaris voor Asiel en Migratie » et français « attaché ».

La question de la compétence de l'auteur d'un acte est évidemment importante en droit administratif, tel qu'il convenait de faire savoir au requérant dans la langue dont l'utilisation est prescrite par la législation sur l'emploi des langues qui en était l'auteur.

L'acte attaqué doit donc être suspendu et annulé.

b) Principe de l'unilinguisme des agents

Un attaché est un agent de l'Etat au sens de l'arrêté royal du 2 octobre 1937 portant statut des agents de l'Etat prévoit qu'un agent de l'Etat unilingue.

Le principe de l'unilinguisme des agents trouve dès lors à s'appliquer.

Cette règle veut qu'un agent de l'Etat unilingue ne peut valablement prendre de décision que dans la langue de son rôle linguistique (comp. C.E., arrêt n° 168.424 du 2 mars 2007 ; CCE, arrêt 105 870 du 25 juin 2013).

Madame [M.], l'attaché qui a pris la décision, appartient soit au rôle néerlandophone soit au rôle francophone (art. 43 et s. des lois coordonnées sur l'emploi des langues).

Elle ne peut donc valablement prendre de décision en langue allemande.

Il convient en effet que l'attaché habilité à prendre la décision en vertu de l'art. 6 de arrêté ministériel du 18 mars 2009 portant délégation de certains pouvoirs du Ministre qui a l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers dans ses compétences et abrogeant l'arrêté ministériel du 17 mai 1995 portant délégation des pouvoirs du Ministre en matière d'accès au territoire, de séjour, d'établissement et d'éloignement des étrangers prenne lui-même la décision, ce qui implique qu'il comprend la portée de celle-ci.

Or, il n'est nullement prouvé que l'attaché [M.] soit habilité de prendre des décisions en allemand ou, du moins, qu'elle comprenne l'allemand.

Cette question touche évidemment aussi à la compétence de l'auteur de l'acte : en effet, il ne s'agit d'une question de pure formalisme, mais il s'agit de s'assurer qu'un agent habilité par le ministre compétent de décider d'une interdiction d'entrée prenne effectivement cette décision, ce qui implique du moins qu'il comprenne son contenu (et l'ensemble du dossier sur base duquel la décision est prise).

Conclure que le principe de l'unilinguisme des agents ne s'appliquerait pas aux décisions en allemand en raison de l'absence de rôle germanophone, tel que cela a été suggéré la partie adverse dans le cadre l'affaire CCE 213 725, aboutirait à une discrimination manifeste des citoyens germanophones (violation des articles 10 et 11 de la Constitution).

Tandis que les citoyens francophones et néerlandophones auraient l'assurance que les décisions les concernant ont été pris par un agent ayant les connaissances linguistiques pour comprendre l'ensemble des éléments de leur dossier et de prendre une décision en pleine connaissance, il en irait, sans justification légitime, autrement des citoyens germanophones.

La décision contestée doit donc être suspendue et annulée.

A titre subsidiaire, il convient d'interroger la Cour constitutionnelle sur la constitutionnalité de l'interprétation de l'Etat belge selon laquelle n'importe quel agent peut signer une décision en langue allemande, sans assurance qu'il comprenne son contenu et le dossier administratif y afférant."

3.1.2. Der Rat weist zunächst darauf hin, dass es sich bei der angefochtenen Entscheidung nicht um ein Dokument handelt, für das der Antragsteller als Privatperson die Verwendung einer bestimmten Sprache verlangen kann. Die angefochtene Entscheidung geht nicht auf einen Antrag des Antragstellers unter Verwendung einer bestimmten Sprache zurück, sondern ist eine polizeiliche Maßnahme von Amts wegen, die auf der Grundlage der vom Antragsteller nicht bestrittenen Feststellungen getroffen wurde, dass gegen ihn eine Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen verhängt wurde, die ihm keine Zeit für eine freiwillige Ausreise ließ, und dass er früheren Ausreisebefehlen nicht nachgekommen ist. Folglich kann ein Verstoß gegen Artikel 41 § 1 des Verwaltungssprachengesetzes nicht festgestellt werden.

Im Übrigen ist nicht ersichtlich, welches Interesse der Antragsteller bei seinem Beschwerdegrund hat, dass eine ihn betreffende Entscheidung vollständig in deutscher Sprache verfasst sein muss. Die angefochtene Entscheidung ist nämlich in deutscher Sprache abgefasst.

Der bloße Umstand, dass die Amtsbezeichnung des Staatssekretärs und des Beamten, der als Beauftragter die angefochtene Entscheidung getroffen hat, nicht ins Deutsche übersetzt wurde, lässt nicht den Schluss zu, dass die angefochtene Entscheidung als solche nicht in deutscher Sprache abgefasst wurde, dass sie unter Missachtung irgendeiner Bestimmung des Gesetzes über die Verwaltungssprache getroffen wurde oder dass nicht festgestellt werden kann, ob die angefochtene Entscheidung von einem dazu befugten Beamten getroffen wurde. Die Berufsbezeichnung „Attaché“ ist in allen drei Landessprachen identisch und muss daher nicht übersetzt werden.

Art. 6 des ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009, den der Antragsteller ebenfalls als verletzt betrachtet, legt fest, dass den Bediensteten des Ausländeramtes, die mindestens die Funktion eines Attachés ausüben oder der Klasse A1 angehören, Befugnisse für die Anwendung von Art. 74/11, § 1, zweiter Absatz des Ausländergesetzes übertragen werden. In Anbetracht der Unterlagen in der Verwaltungsakte und der Unterschrift auf der Entscheidung kann nicht zur Diskussion gestellt werden, dass die angefochtene Entscheidung von Frau L.M. getroffen wurde, einem Attaché des Ausländeramtes. Diese Beamtin war folglich gemäß Art. 6 des ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 für den Erlass der angefochtenen Entscheidung befugt.

Da die angefochtene Entscheidung von Frau L. M. unterzeichnet wurde und daher davon auszugehen ist, dass sie die Verfasserin dieser Urkunde ist, und da diese Beamtin in der Lage war, eine Argumentation auf der Grundlage der in der Verwaltungsakte enthaltenen Informationen zu formulieren, kann dem Antragsteller nicht gefolgt werden, wenn er behauptet, es sei nicht erwiesen, dass diese Beamtin in der Lage war, den Inhalt der angefochtenen Entscheidung und die in der Verwaltungsakte enthaltenen Informationen zu verstehen.

Der Antragsteller erklärt ferner, dass er sich nicht damit einverstanden erklären kann, was ihm zufolge in einem Entscheid des Rates suggeriert wird, und zwar dass der Grundsatz, dass die Sprachrolle, der ein Beamter angehört, ausschlaggebend für die Sprache ist, in der dieser Beamte eine Entscheidung treffen kann, nicht für Entscheidungen gilt, die in der deutschen Sprache getroffen werden, weil es keine deutsche Sprachrolle gibt. Dieser Beschwerdegrund richtet sich jedoch nicht gegen eine beliebige Erwägung in der angefochtenen Entscheidung, noch erlaubt diese Kritik die Feststellung, dass der Antragsteller gegen Art. 41, § 1 des Verwaltungssprachengesetzes oder Art. 6 des ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 verstoßen hat. Das Argument des Antragstellers, dass es keine deutsche Sprachrolle gebe, ist folglich nicht dienlich.

Die Erklärung des Antragstellers, dass niederländisch- und französischsprachige Bürger in Belgien eine größere Gewissheit haben, dass der Beamte, der eine sie betreffende Entscheidung trifft, über ausreichende Kenntnisse ihrer Sprache verfügt, um eine Entscheidung in voller Kenntnis der Sachlage treffen zu können, als ein deutschsprachiger Bürger, lässt den Rat nicht zu dem Schluss kommen, dass der Antragsteller in der Praxis ungleich behandelt wurde. Eine Verletzung der Artikel 10 und 11 der Verfassung kann nicht festgestellt werden.

Es muss unter Berücksichtigung von Artikel 26, § 2, dritter Absatz des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 nicht auf den Antrag eingegangen werden, eine Vorabentscheidungsfrage in Bezug auf eine mögliche Verletzung der Artikel 10 und 11 der Verfassung zu stellen, da gegen die Entscheidung des Rates noch Kassationsbeschwerde beim Staatsrat eingelegt werden kann und die Beantwortung der vorgeschlagenen Vorabentscheidungsfrage für die Entscheidung in dieser Sache nicht unerlässlich ist.

Der erste Beschwerdegrund ist, soweit er zulässig ist, unbegründet.

3.2.1. In einem zweiten Beschwerdegrund führt der Antragsteller einen Verstoß gegen die Artikel 62 und 74/11 des Ausländergesetzes, der Verteidigungsrechte, einschließlich des Rechts auf Anhörung, der Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte (nachfolgend: Gesetz vom 29. Juli 1991) sowie der Sorgfaltspflicht in Verbindung mit den Artikeln 2, 3 und 8 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, unterzeichnet am 4. November 1950 in Rom und genehmigt durch das Gesetz vom 13. Mai 1995 (nachfolgend: die EMRK) an.

Er erklärt Folgendes:

“Obligation de motivation formelle

Il ressort des art. 2 et 3 de la loi sur la motivation formelle ainsi que de l'article 62 de la loi du 15 décembre 1980 que toute décision administrative doit être motivée.

La motivation doit être « adéquate », c.-à-d. que la décision doit reposer sur des motifs de fait et de droit qui sont exacts, déterminants et admissibles, tel que le citoyen puisse comprendre la décision (CCE, arrêts n° 123.398 du 30 avril 2014 et n° 139.567 du 26 février 2015).

La motivation ne peut être vague ou stéréotypée (C.E., arrêt 53.581 du 7 juin 1995).

Limites de l'obligation prévue à l'article 74/11 § 1 al. 2 de la loi du 15 décembre 1980

L'article 74/11 § 1er al. 2 de la loi du 15 décembre 1980 prévoit les cas dans lesquels un ordre de quitter le territoire est délivré :

« La décision d'éloignement est assortie d'une interdiction d'entrée de maximum trois ans, dans les cas suivants :

- 1° lorsqu'aucun délai n'est accordé pour le départ volontaire ou;*
- 2° lorsqu'une décision d'éloignement antérieure n'a pas été exécutée. ».*

Il ne s'agit cependant pas d'une compétence liée :

« Même lorsque l'interdiction d'entrée est obligatoire aux termes de la loi, l'autorité dispose d'un pouvoir d'appréciation puisque la loi prévoit une sauvegarde pour motifs humanitaires » (J.-Y. CARLIER et S. SAROLEA, Droit des étrangers, Larcier 2016, S. 207 ; comp. C.E., arrêt n° 233.257 du 15 décembre 2015).

En effet, le § 2 prévoit que le Secrétaire d'Etat peut s'abstenir d'imposer une interdiction d'entrée, dans des cas particuliers, pour des raisons humanitaires.

- Respect des droits fondamentaux (article 2, 3 et 8 CEDH)*

L'article 8 de la CEDH protège la vie familiale et privée.

La question de l'existence ou de l'absence d'une « vie familiale » est une question de fait dépendant de la réalité de liens personnels étroits (Cour eur. D.H., 12 juillet 2001 K. et T./Finlande, § 150).

En vertu de l'article 3 de la CEDH, l'Etat belge a l'obligation positive d'éviter tout traitement inhumain et dégradant. L'article 2 de la CEDH protège la vie.

Il est renvoyé aux considérations de la Cour européenne des droits de l'homme dans l'arrêt Paposhvili c. Belgique du 13 décembre 2016 : selon la cour, la protection de l'article 3 CEDH ne se limite pas aux étrangers confrontés à « un risque imminent de mourir », mais bénéficie également à ceux qui risquent d'être exposés à un « déclin grave, rapide et irréversible » de leur état de santé en cas de renvoi (§185).

Dans cet arrêt, la Cour insiste également sur la nécessité de prendre en compte le cadre familial du malade.

Lorsqu'il délivre une interdiction d'entrée, le Secrétaire d'Etat est donc tenu de vérifier si cette dernière ne viole un des articles susmentionnés. Le cas échéant, il s'abstient de délivrer l'interdiction d'entrée.

Afin de pouvoir porter ces motifs humanitaires à connaissance de l'Etat belge, il faut évidemment que la personne à rencontre de laquelle une telle décision est envisagée soit entendue.

Le Secrétaire d'Etat est tenu de respecter le principe général du droit de l'Union du respect des droits de la défense qui consacre le « droit pour toute personne d'être entendue, afin de faire connaître, de manière utile et effective, son point de vue au cours de la procédure administrative et avant l'adoption de toute décision susceptible d'affecter de manière défavorable ses intérêts » (C.E., arrêt n° 233.257 du 15 décembre 2015) vu que l'article 74/11 de la loi du 15 décembre 1980 transpose l'article 11 de la Directive 2008/115/CE du parlement européen et du conseil du 16 décembre 2008 relative aux normes et procédures communes applicables dans les États membres au retour des ressortissants de pays tiers en séjour irrégulier (comp. CCE, arrêt n° 141.336 du 19 mars 2015).

Ainsi, votre Conseil (arrêt n° 141.336 du 19 mars 2015) a jugé à l'égard de cette obligation :

« 3.2.3. En l'espèce, dans la mesure où l'acte attaqué est une interdiction d'entrée, prise unilatéralement par la partie défenderesse, sur la base de l'article 74/11 de la loi du 15 décembre 1980, et qu'il ne ressort nullement des pièces versées au dossier administratif, que, dans le cadre de la procédure ayant conduit à la prise de cet acte, le requérant a pu faire valoir des éléments relatifs à sa situation personnelle, dont la prise en compte aurait pu amener à ce que « la procédure administrative en cause [aboutisse] à un résultat différent », le Conseil estime que le droit d'être entendu en tant que principe général de droit de l'Union européenne, imposait à la partie défenderesse de permettre au requérant de faire valoir utilement ses observations.

Or, le Conseil observe qu'en termes de requête, la partie requérante expose que, si la partie défenderesse avait donné la possibilité au requérant de faire valoir ses observations avant l'adoption de l'interdiction d'entrée attaquée, il aurait fait notamment valoir des éléments relatifs à la « vie privée du requérant, qui vit en Belgique depuis trois ans et y a développé des attaches locales durables ».

Sans se prononcer sur ces éléments, le Conseil ne peut que constater qu'en ne donnant pas au requérant la possibilité de faire connaître, de manière utile et effective, son point de vue avant l'adoption de l'acte attaqué, qui constitue une décision susceptible d'affecter de manière défavorable ses intérêts, a fortiori dans la mesure où elle fixe une interdiction d'entrée d'une durée de deux ans, la partie défenderesse n'a pas respecté son droit d'être entendu en tant que principe général de droit de l'Union européenne. »

Il ressort de cet arrêt que « le fait que le requérant ait été entendu lors de son interpellation lors de laquelle a été dressé un rapport administratif de contrôle n'est pas suffisant pour satisfaire à l'obligation de respecter le droit d'être entendu » (J.-Y. CARLIER et S. SAROLEA, Droit des étrangers, Larcier 2016, S. 213).

Manière dont les dispositions légales et principes juridiques susmentionnées ont été violés

Concernant l'interdiction d'entrée du 8 décembre 2017, cette décision a été prise sans que Monsieur [M.] ait pu exposer utilement son point de vue (il n'y a même pas eu d'audition lors de l'interpellation - absence de rapport administratif d'audition), notamment quant à sa vie familiale et sa maladie :

- Son psychiatre insiste sur l'importance de la famille dans le processus de guérison :*

Monsieur [M.] mène une vie familiale en Belgique avec sa sœur qui le prend en charge et avec laquelle il a cohabité jusqu'à son déménagement pour des raisons indépendantes de leurs volontés.

Monsieur [M.] cohabite toujours avec son beau-frère, Monsieur [B.]. Cet élément avait été porté à la connaissance de l'Etat belge dans le cadre de précédents recours devant Votre conseil (n° de rôle CCE 193 914). Cependant cet élément n'a nullement été pris en considération dans la décision attaquée.

Rien ne garantit que Madame [B.], ressortissante belge, pourra voyager au Kosovo.

Au Kosovo, le requérant n'a plus que ses parents qui sont malades et vieux et ne pourraient s'occuper de ses problèmes psychiques.

L'interdiction d'entrée ne lui permet, au moins pendant deux ans, de poursuivre cette vie familiale.

• Monsieur [V.M.] souffre d'un syndrome posttraumatique grave (PTSD) qui s'exprime par une dépression grave, insomnies et cauchemars, céphalées et une phobie sociale avec un risque d'évolution psychotique (échelle de gravité 7/7 qui pourrait être réduit à 5/7 en raison du traitement en Belgique) et risque suicidaire.

Son expulsion risque de mettre en danger sa vie et son intégrité physique et psychique. Le psychiatre conclut d'ailleurs qu'« en cas de retour forcé, il est certain que la vie et l'intégrité physique et mentale de Monsieur [V.] sont menacés ».

Lors de sa dernière demande sur base de l'article 9ter de la loi du 15 décembre 1980, Monsieur [M.] avait fait valoir des nouveaux éléments médicaux qui n'ont pas été pris en compte par le médecin de l'Office des étrangers (risque de basculement dans la psychose : le psychiatre insiste d'ailleurs sur le fait que si cette évolution se poursuivait, elle donnerait lieu à une psychose constituée et que celle-ci sera définitive et qu'« un choc émotionnel, léger en soi, pourrait provoquer un basculement vers l'état irréversible que le traitement actuel a réussi à contenir » ; risque suicidaire), raison pour laquelle un recours est pendant devant votre Conseil.

Il ne ressort pas de la décision contestée que l'Office des étrangers ait pris en considération ces éléments.

Il est de notoriété publique que la relation qui a été construite entre une personne souffrant d'une maladie psychique et son psychiatre est d'une importance capitale en vue de la guérison du patient (Cour du travail de Liège, arrêt n° 2015/AL/286 du 25 août 2015).

Cette relation de confiance (en traitement auprès du Dr. [S.] depuis 2007 !) sera interrompue si Monsieur [M.] est expulsé avec interdiction d'entrée, ce qui va avoir une incidence non négligeable sur le traitement.

Selon son psychiatre, la vie et l'intégrité physique de Monsieur [M.] sont menacées en cas de retour forcé au Kosovo. Cet élément a été porté à connaissance de l'office des étrangers dans le cadre d'une demande sur base de l'article 9ter de la loi du 15 décembre 1980 introduite le 1er juin 2016 (pièce 5).

Selon ce même psychiatre, il y a donc une contre-indication médicale à un retour au pays d'origine sur le plan médical.

En raison de l'interdiction d'entrée, ce retour sera d'autant plus long et le risque sur le plan médical d'autant plus élevé.

L'audition qui aurait permis à Monsieur [M.] d'exposer ses différents éléments pu mener à une autre décision des autorités.

En n'ayant pas donné la possibilité à Monsieur [M.] de s'expliquer sur sa situation familiale protégée par l'article 8 CEDH et les risques d'un traitement contraire à l'article 2 et 3 CEDH et, le Secrétaire viole le principe général du droit de l'Union du respect des droits de la défense (notamment droit à une audition préalable) en combinaison avec les articles 2, 3 et 8 de la Convention de sauvegarde des droits de l'Homme et des libertés fondamentales (CEDH) et l'article 74/11 de la loi du 15 décembre 1980.

De même, le Secrétaire d'Etat n'a pas respecté son obligation de motivation :

Même à supposer que la partie défenderesse ait pris en considération les éléments susmentionnés, ce qui ne ressort pas du dossier administratif, il lui incombe en tout état de cause d'expliquer les raisons pour lesquelles ces éléments de vie familiale et d'état de santé ne constituaient pas un obstacle à la délivrance de l'interdiction d'entrée incriminée (comp. CCE, n°151 413 du 31 août 2015, 4.1 ; CCE, n° 140 137 du 3 mars 2015, 4.2).

Tout comme, pour l'ordre de quitter le territoire, il y a lieu de constater de la motivation concernant notamment le respect de l'article 3 CEDH est particulièrement lacunaire malgré le risque manifeste de violation de l'article 3 de la CEDH.

Alors qu'il avait été informé de la vie familiale avec Monsieur [B.], le Secrétaire d'Etat n'y fait nullement référence.

Il ne fait également pas référence aux éléments relatifs aux états de santé de Monsieur [B.] qui ont été porté à sa connaissance notamment dans le cadre Sprechstunden nach Vereinbarung / Consultations sur RDV d'un précédent recours devant votre Conseil (risque de basculement dans la psychose et risque suicidaire). Il est également renvoyé aux nombreux fax dans le dossier administratif tenant l'Office des étrangers au courant de l'état médical du requérant (19 octobre 2016, 13 décembre 2016, 6 mars 2017, 4 mai 2017 et 10 novembre 2017).

Partant, la décision n'est pas suffisamment motivée.

Pour les raisons exposés ci-dessus (absence de garantie que la vie familiale avec Monsieur [B.] et Madame [B.] pourra se poursuivre à l'étranger, importance d'un cadre familial stable pour son traitement/sa guérison, risque suicidaire et d'évolution psychotique avec psychose irréversible en cas de retour, interruption du traitement ...), ses droits fondamentaux (droit à une vie familiale, à la vie et l'intégrité physique et psychique) sont également violés.

Le risque d'évolution psychotique avec constitution d'une psychose irréversible en cas de retour (et la quasi-impossibilité de retour en Belgique en raison de l'interdiction d'entrée) répond manifestement au critère d'un « déclin grave, rapide et irréversible » de l'état de santé constituant une violation de l'article 3 de la CEDH. Le risque suicidaire en cas de retour conduisant non seulement à une violation de l'article 3 mais aussi de l'article 2 de la CEDH.

Il convient de rappeler que dans ces circonstances un cadre familial et privé stable est d'une absolue nécessité et que la décision, interdisant l'entrée en Belgique pendant deux ans, viole donc également l'article 8 de la CEDH."

3.2.2.1. Der Rat stellt fest, dass Artikel 62 des Ausländergesetzes vorsieht, dass Verwaltungsentscheidungen begründet werden müssen, und dass die Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 vorsehen, dass die Entscheidungen der Verwaltungen ausdrücklich begründet werden müssen, dass in der Begründung die rechtlichen und faktischen Erwägungen angegeben werden müssen, auf denen die Entscheidung beruht, und dass diese Begründung angemessen sein muss.

Der Zweck dieser ausdrücklichen Begründungspflicht besteht darin, den Bürger auch dann, wenn eine Entscheidung nicht angefochten wurde, über die Gründe zu informieren, aus denen die Verwaltungsbehörde diese Entscheidung getroffen hat, damit er beurteilen kann, ob es Gründe für die Einlegung der ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmittel gibt. Der in Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 enthaltene Begriff „ausreichend“ bedeutet, dass die vorgeschriebenen Gründe rechtlich und faktisch in einem angemessenen Verhältnis zum Gewicht der getroffenen Entscheidung stehen müssen. Der Rat stellt fest, dass in der angefochtenen Entscheidung das ausschlaggebende Motiv, auf dessen Grundlage diese Entscheidung getroffen wurde, klar dargelegt ist. Unter Bezugnahme auf Artikel 74/11, § 1, zweiter Absatz, Punkte 1 und 2 des Ausländergesetzes wird festgestellt, dass gegen den Antragsteller ein Einreiseverbot verhängt wird, weil gegen ihn eine Entscheidung zur Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen getroffen wurde, wobei ihm keine Frist eingeräumt worden sei, und weil er einer früheren Ausweisungsentscheidung nicht nachgekommen ist. Der Beklagte hat zudem die Argumente erläutert, auf deren Grundlage er die Dauer des Einreiseverbots auf zwei Jahre festlegte. Er wies darauf hin, dass der Antragsteller mehrere Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung gestellt habe, die alle abgelehnt wurden. Er hat auch angegeben, dass er den Gesundheitszustand des Antragstellers berücksichtigt hat, indem er darauf hinwies, dass eine Rückkehr in den Kosovo nach ärztlicher Einschätzung nicht mit den Bestimmungen von Artikel 3 EMRK unvereinbar sei. Der Behauptung des Antragstellers, dass der Beklagte nicht begründet habe, warum seine gesundheitlichen Probleme den Erlass der angefochtenen Entscheidung nicht verhindert hätten, kann daher nicht gefolgt werden. Die Argumentation des Antragstellers, dass in der angefochtenen Entscheidung nirgendwo auf die von ihm angeführten medizinischen Probleme verwiesen wird, entbehrte jeder faktischen Grundlage. Der Beklagte hat auch berücksichtigt, dass der Antragsteller bei seiner belgischen Schwester wohnt. Es vertrat die Auffassung, dass die Verhängung eines Einreiseverbots gegen die Beschwerdeführerin nicht gegen Artikel 8 EMRK verstoße, da diese Schwester in den Kosovo reisen könne, um ihre Familie zu besuchen. Die Argumentation des Antragstellers, es werde nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er jetzt, da seine Schwester offenbar nicht mehr mit ihrem Ehemann zusammenlebe, bei seinem Schwager wohne, ist nicht geeignet, einen formalen Begründungsmangel darzustellen. Das Argument des Beklagten, dass ein im Königreich wohnhafter Verwandter die Antragstellerin, die keine Aufenthaltsgenehmigung in Belgien habe, im Kosovo besuchen könne, sei eindeutig. Die vorgesehene Begründung, die nicht als vage

oder stereotyp abgetan werden kann, ist stichhaltig und fundiert. Sie ermöglicht es dem Antragsteller, seine Rechtsmittel in Kenntnis der Sachlage auszuüben.

Ein Verstoß gegen die förmliche Begründungspflicht nach Artikel 62 des Ausländergesetzes oder den Artikeln 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 kann nicht festgestellt werden.

3.2.2.2. Mit der Behauptung, dass seiner Ansicht nach keine Verpflichtung zum Erlass der angefochtenen Entscheidung bestanden habe, da der Gesetzgeber vorgesehen habe, dass der Beklagte von der Verhängung eines Einreiseverbots aus humanitären Gründen absehen könne, zeigt der Antragsteller nicht auf, dass gegen Artikel 74/11 des Ausländergesetzes verstoßen wurde. Der Beklagte hat deutlich begründet, dass er der Meinung war, dass die angefochtene Entscheidung mit den Bestimmungen der Artikel 3 und 8 EMRK vereinbar sei, und daraus geht hervor, dass diese nicht aus humanitären Gründen getroffen wurde. Ein Verstoß gegen § 74/11 des Ausländergesetzes kann auf der Grundlage der Erklärung des Antragstellers nicht festgestellt werden.

3.2.2.3. Der Antragsteller erklärt, dass der Beklagte ihn vor Erlass der angefochtenen Entscheidung nicht angehört habe. Aus einem Verwaltungsbericht der Polizei geht hervor, dass versucht wurde, den Antragsteller zu befragen, dass er aber nicht kooperierte. Immerhin stellte der beteiligte Polizeibeamte fest: „*Person ist vorlaut und unkooperativ*“. Unter diesen Umständen kann schwerlich behauptet werden, dass der Beklagte seine Pflicht zur Anhörung des Antragstellers verletzt hat. Der Verweis des Antragstellers auf einen Entscheid des Rates, der keine Präzedenzwirkung hat und in einem Fall ergangen ist, in dem der Sachverhalt nicht derselbe ist wie im vorliegenden Fall, führt nicht zu einer anderen Entscheidung.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Erfüllung der Anhörungspflicht nur insoweit sinnvoll ist, sofern die Anhörung der Behörde Informationen verschaffen kann, die sie vor einem falschen Bild des Sachverhalts schützen oder ihre Würdigung des Sachverhalts beeinflussen können, Informationen also, die die Behörde davon abhalten können, die in Aussicht genommene für den Betroffenen ungünstige Entscheidung zu treffen (Staatsrat 21. Juni 1999, Nr. 81.126). Der Antragsteller weist jedoch nicht nach, dass er in der Lage gewesen wäre, sachdienliche Informationen zu erteilen, die den Beklagten am Erlass der angefochtenen Entscheidung hätten hindern können. Er weist zwar darauf hin, dass er psychische Probleme hat, und ein von ihm in Belgien konsultierter Psychiater festgestellt hat, dass es für seinen Genesungsprozess ratsam wäre, dass er sich an Familienmitglieder wenden könne, doch seien diese Informationen dem Beklagten vor Erlass der angefochtenen Entscheidung bereits bekannt gewesen. Der Antragsteller konnte bei verschiedenen Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung im Königreich seinen Gesundheitszustand erläutern und hat dabei die Tatsache erwähnt, dass er in Belgien von seiner Schwester und seinem Schwager betreut werde. Der Beklagte vertrat nach Einholung eines ärztlichen Gutachtens die Auffassung, dass die gesundheitlichen Probleme des Antragstellers nicht implizieren, dass er eine Aufenthaltsgenehmigung im Königreich erhalten müsse, und dass die Tatsache, dass sich der Antragsteller im Kosovo aufhalten muss, keine reale Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung birgt. Der Antragsteller gibt an, dass der von ihm konsultierte Psychiater damit nicht einverstanden sei, aber seine Erklärung zeigt nicht, dass er bei einer weiteren Anhörung in der Lage gewesen wäre, relevante Informationen zu liefern, die dem Beklagten zuvor unbekannt waren. Der behandelnde Psychiater gab nämlich in einem Bericht vom 6. September 2011 - der vom Beklagten bei der Behandlung der Aufenthaltsanträge des Antragstellers berücksichtigt wurde, bereits an, dass seiner Meinung nach eine Rückkehr in den Kosovo katastrophal wäre und sich der Antragsteller hiervon nicht mehr erholen könne. Die Klarstellung, dass eine Entwicklung zu einer irreversiblen Psychose möglich ist, und die Ankündigung, dass ein Suizidrisiko besteht, können nicht als wirklich neue Daten angesehen werden. Der vom Antragsteller konsultierte Psychiater wies bereits 2011 darauf hin, dass die Eltern des Antragstellers im Kosovo keine angemessene Betreuung gewährleisten könnten. Auch in den ärztlichen Bescheinigungen, die der behandelnde Psychiater im Jahr 2016 erstellte, wird die medizinische Situation des Antragstellers ausführlich erläutert. Der Beklagte kannte daher die gesundheitlichen Probleme des Antragstellers und war in der Lage, die Auswirkungen der angefochtenen Entscheidung auf diese Probleme angemessen zu beurteilen. Auch die Behauptung des Antragstellers, er habe ein Vertrauensverhältnis zu seinem behandelnden Arzt aufgebaut, kann angesichts der zahlreichen von diesem Arzt ausgestellten Bescheinigungen und der Unterstützung, die er leistet, um den Aufenthalt des Antragstellers im Königreich zu verlängern, nicht als eine dem Beklagten unbekannte Tatsache angesehen werden. Es muss auch angemerkt werden, dass es sich bei der angefochtenen Entscheidung nicht um eine Ausweisungsentscheidung handelt, sodass die Argumentation des Antragstellers über die Folgen einer (erzwungenen) Ausweisung in jedem Fall nicht dienlich ist. Es gibt also keinerlei

Anhaltspunkte für ein Interesse des Antragstellers an seinem Beschwerdegrund, er sei nicht ordnungsgemäß angehört worden.

Eine Verletzung des Rechts, angehört zu werden bzw. der Verteidigungsrechte im weiteren Sinne ist nicht ersichtlich.

3.2.2.4. Hinsichtlich des behaupteten Verstoßes gegen die Artikel 2 und 3 der EMRK genügt es, zu wiederholen, dass bereits vor dem Erlass der angefochtenen Entscheidung festgestellt wurde, dass der Umstand, dass sich der Antragsteller im Kosovo aufhalten muss, nicht zu der Feststellung führt, dass er in Anbetracht seiner medizinischen Probleme Gefahr läuft, zu sterben oder einer Folter oder unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe ausgesetzt zu werden. Der Antragsteller hat Zugang zu medizinischer Hilfe im Kosovo, einem Land, in dem er nach eigenen Angaben noch Verwandte hat. Aus den vorgelegten Unterlagen geht hervor, dass er vor seiner Einreise nach Belgien auch im Kosovo von einem Psychiater behandelt wurde und dass ihm Medikamente vorgeschrieben wurden. Da der Antragsteller keine Genehmigung oder Zulassung zum Aufenthalt in Belgien erhalten hat, kann er sich nicht darauf berufen, dass es im Königreich auf privater und familiärer Ebene einen stabilen Rahmen gibt, auf den er sich berufen kann. Die dem Rat vorgelegten Unterlagen lassen nicht den Schluss zu, dass der Antragsteller, wenn er sich wie bisher im Kosovo aufhalten muss, einem Land, in dem er sich in einer regulären aufenthaltsrechtlichen Situation befindet, in dem er medizinisch versorgt werden kann und in dem er Verwandte hat, Gefahr läuft, in eine Situation zu geraten, die so schwerwiegend ist, dass der Schluss gezogen werden kann, dass er der Gefahr von Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ausgesetzt zu sein droht. Die Tatsache, dass die Versorgung und Betreuung im Kosovo möglicherweise nicht das gleiche Niveau wie in Belgien hat, erlaubt keine andere Beurteilung (vgl. EGMR 13. Dezember 2016, Nr. 41.738/10, Paposhvili gegen Belgien). Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, dass der Antragsteller nicht in der Lage ist, ein Vertrauensverhältnis zu einem Psychiater in seinem Herkunftsland aufzubauen, der seine Muttersprache spricht und mit den örtlichen Gegebenheiten, die offenbar zu den psychischen Problemen des Antragstellers geführt haben, besser vertraut ist. Soweit der Antragsteller auf die Gefahr hinweist, dass er Selbstmord begehen könnte, ist festzustellen, dass diese Gefahr auch dann nicht ausgeschlossen werden kann, wenn ihm der Zugang zum Königreich nicht vorübergehend verwehrt würde. Da festgestellt wurde, dass es im Kosovo Behandlungsmöglichkeiten für die psychischen Probleme des Antragstellers gibt, die dieses Risiko verringern können, kann diese spekulative Tatsache nicht zu dem Schluss führen, dass die angefochtene Entscheidung das Recht des Antragstellers auf Leben beeinträchtigt.

Es kann nicht der Schluss gezogen werden, dass der Beklagte durch den Erlass der angefochtenen Entscheidung gegen die Artikel 2 und 3 der EMRK verstoßen hat.

3.2.2.5. Wenn sich der Antragsteller unter Bezugnahme auf Artikel 8 EMRK auf sein Familienleben mit seiner belgischen Schwester und seinem Schwager beruft, so ist nicht ersichtlich, dass der Antragsteller mit seiner Schwester und seinem Schwager eine Familie gebildet hat, bevor er nach Belgien kam. Seine Schwester und sein Schwager lebten bereits seit Jahren in Belgien, als der Antragsteller 2007 beschloss, nach Belgien zu kommen. Zudem erhielt der Antragsteller auch niemals eine Aufenthaltsgenehmigung im Königreich für mehr als drei Monate. Die verschiedenen von ihm eingereichten Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung wurden alle abgelehnt. Aus diesem Grund konnte er auch zu keinem einzigen Zeitpunkt erwarten, ein Familienleben mit seinem Schwager und seiner Schwester im Königreich aufzubauen (vgl. mutatis mutandis EGMR 5. September 2000, Nr. 44328/98, Solomon g. Niederlande). Die Tatsache, dass der Antragsteller die belgischen Behörden nunmehr mit einem Familienleben konfrontiert, das er während eines prekären oder illegalen Aufenthalts aufgebaut hat, bedeutet nicht, dass auf dem Beklagten eine positive Verpflichtung gemäß Artikel 8 EMRK ruht, die verhindern würde, den Zugang zum Königreich für einen begrenzten Zeitraum zu verweigern (vgl. mutatis mutandis, EGMR 30. Juni 2015, Nr. 39.350/13, A.S. / Schweiz). Aus Artikel 8 EMRK kann nämlich keine allgemeine Verpflichtung für einen Staat abgeleitet werden, die Wahl des gemeinsamen Aufenthalts von Ausländern zu respektieren oder die Familiengründung in seinem Hoheitsgebiet zuzulassen (EGMR 19. Februar 1996, Nr. 23.218/94, Gül, g. Schweiz; J. VANDE LANOTTE und Y. HAECK (eds), *Handboek EVRM Deel 2 Artikelsgewijze Commentaar*, Volume I, Antwerp-Oxford, Intersentia, 2004, 754-756). Es ist im Übrigen auch nicht ersichtlich, dass der Antragsteller nur in Belgien ein Familienleben führen kann. Der Antragsteller erklärt, dass es keine Garantie gibt, dass seine Schwester und/oder sein Schwager mit ihm im Kosovo ein Familienleben führen könnten, und dass man auch nicht erwartet kann, dass sie ihr Herkunftsland verlassen, um dort ein Familienleben mit ihm aufzubauen. Er scheint dabei aus den Augen zu verlieren, dass seine Schwester und sein Schwager nunmehr zwar die belgische Staatsangehörigkeit besitzen, aber zuvor auch lange Zeit im ehemaligen Jugoslawien gelebt haben, und dass, wenn zwei

Menschen, die in verschiedenen Ländern leben, eine Familie gründen wollen, einer von ihnen immer das Land verlassen muss, in dem er sich zu diesem Zeitpunkt aufhalten kann. Der Antragsteller hat nicht konkret dargelegt, dass seine Schwester oder sein Schwager ihn nur in Belgien betreuen können. Außerdem scheint es keine Anhaltspunkte dafür zu geben, dass der Antragsteller nicht ohne seine Schwester und seinen Schwager im Kosovo bleiben kann, wie er es vor seiner Einreise nach Belgien getan hat, und dass die rein familiären Kontakte zu seinen Verwandten im Königreich nicht durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel oder durch die Einladung zu einem Besuch in dem Land, in dem er sich rechtmäßig aufhalten kann, aufrechterhalten werden können. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, dass der Beklagte bereits vor dem Erlass der angefochtenen Entscheidung die Auffassung vertrat, dass die vom Antragsteller benötigte medizinische Versorgung für ihn im Kosovo zugänglich sei, was bedeute, dass es für ihn nicht notwendig sei, in Belgien und damit bei seiner Schwester oder seinem Schwager zu bleiben. Es wird auch nicht glaubhaft gemacht, dass durch die angefochtene Entscheidung ein beliebiger Aspekt des Privatlebens des Antragstellers, das unter den Schutz von Artikel 8 EMRK fällt, beeinträchtigt wird.

Es wurde kein Verstoß gegen Artikel 8 der EMRK nachgewiesen.

3.2.2.6. Die Ausführungen des Antragstellers lassen auch nicht den Schluss zu, dass der Beklagte die angefochtene Entscheidung nicht ordnungsgemäß vorbereitet hat, sodass keine Verletzung der Sorgfaltspflicht vorliegt.

Der zweite Klagegrund ist, soweit er zulässig ist, unbegründet.

4. Kurze Verhandlungen

Der Antragsteller hat keinen begründeten Grund angeführt, der zur Nichtigkeitserklärung des angefochtenen Beschlusses führen kann. Da es Grund gibt, Artikel 36 des königlichen Erlasses vom 21. Dezember 2006 zur Festlegung des Verfahrens vor dem Rat für Ausländerstreitsachen anzuwenden, wird der Aussetzungsantrag als Akzessorium der Nichtigkeitsklage zusammen mit der Nichtigkeitsklage abgewiesen.

AUS DIESEN GRÜNDEN BESCHLIESST DER RAT FÜR AUSLÄNDERSTREITSACHEN:

Einzigster Artikel

Der Aussetzungsantrag und die Nichtigkeitsklage werden abgewiesen.

Also in Brüssel in öffentlicher Sitzung am fünfzehnten Juli zweitausendzweiundzwanzig verkündet von:

Herrn G. DE BOECK,

Präsident

Herrn T. LEYSEN,

Greffier

Der Greffier,

Der Präsident,

T. LEYSEN

G. DE BOECK